

Braunkohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier

Der frühzeitige Kohleausstieg bis 2030 ist weitgehend politischer Konsens. Anfang Oktober hat sich die schwarz-grüne Landesregierung mit dem Energiekonzern RWE und mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck darauf verständigt, die Braunkohleförderung im Rheinischen Revier entsprechend auslaufen zu lassen.

Das Rheinische Revier hat in den vergangenen Jahrzehnten zur Energieversorgung in Deutschland beigetragen und viele sichere Arbeitsplätze geschaffen. Mehr als 14.000 Beschäftigte bei RWE und in der Braunkohlewirtschaft brauchen nun eine Perspektive. In Städten wie Bedburg leben rund 3.000 der knapp 25.000 Einwohnerinnen und Einwohner von der Braunkohle. Energieintensive Unternehmen mit über 90.000 Beschäftigten in der Region sind mittelbar von einer preisgünstigen Energieversorgung abhängig. Ein vorzeitiger Ausstieg bedeutet daher: Der Strukturwandel muss schneller vorangetrieben werden, um Menschen und Unternehmen Planungssicherheit zu bieten.

Die Bedingungen für den Ausstieg aus der Kohle sind zurzeit jedoch alles andere als ideal: Aufgrund des Angriffskriegs in der Ukraine bedrohen die Energiekrise und die damit verbundene Gasknappheit die Menschen in Europa. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien stockt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um die klimaneutrale Energieversorgung der Zukunft zu gewährleisten.

Das kritisieren wir:

- Es gibt **keinen Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohle**: Wie soll der Strukturwandel im Rheinischen Revier vorangetrieben werden? Wie soll die wirtschaftliche Situation für die Beschäftigten bei RWE und bei den Zulieferern gesichert werden? Antworten darauf bleibt die Landesregierung bisher schuldig. Aber die Menschen im Rheinischen Revier brauchen eine Perspektive.
- Förderverfahren wie das Sterneverfahren der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) sind nicht ausreichend nachvollziehbar und besonders vor dem Hintergrund eines früheren Ausstiegs zu langwierig. Sie müssen daher dringend beschleunigt werden. **Zukunftsorientierte Arbeitsplätze – auch tarifgebundene Industriearbeitsplätze – zu schaffen, muss nun im Fokus stehen** statt forschungsbasierte Projekte und allgemeine Maßnahmen der Regionalentwicklung.
- Die Landesregierung hatte 1.000 Windräder zusätzlich für die laufende Legislaturperiode angekündigt – also 200 pro Jahr. In diesem Jahr sind bisher lediglich 67 Anlagen ans Netz gegangen. Zudem wurden Altanlagen abgeschaltet. **Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss nun Priorität haben!**

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Die Vereinbarung mit dem Bund und mit RWE hat die Landesregierung getroffen, ohne den Landtag einzubeziehen. Auch betroffene kommunale Vertreterinnen und Vertreter sowie die Gewerkschaften wurden nicht eingebunden. **Nur wenn alle an einem Strang ziehen, kann die Herausforderung des Strukturwandels gelingen.**

Unsere Forderungen im Überblick:

- **Energiesicherheit ist das A und O**
Vor dem Kohleausstieg muss die Energiesicherheit gewährleistet sein. Dafür muss der Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben werden – zum Beispiel durch die sofortige Abschaffung der pauschalen Abstandsregeln für Windräder.
- **Qualifizierung und neue Arbeitsplätze**
Die Menschen im Rheinischen Revier brauchen neue und sichere Arbeitsplätze, für die unter anderem neue Geschäftsfelder in der Region angesiedelt werden müssen. Die Landesregierung muss einen Zeit-Maßnahmenplan vorlegen, wann welche Arbeitsplätze wegfallen und wann welche neuen Stellen geschaffen werden, sowie umfassende Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen anbieten. Hier sehen wir auch bergbautreibende Unternehmen wie RWE in der Pflicht.
- **Finanzierung**
Ein frühzeitiger Ausstieg bedeutet, dass der Strukturwandel nun doppelt so schnell vorangetrieben werden muss: Die für NRW vorgesehenen 14,8 Milliarden Euro des Bundes müssen daher bis 2030 ins Rheinische Revier fließen, um neue Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen.
- **Beteiligung**
Wir brauchen einen neuen Reviervertrag. Dafür müssen die Vertreterinnen und Vertreter aus den betroffenen Kommunen stärker eingebunden werden.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.